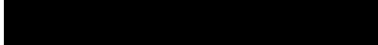




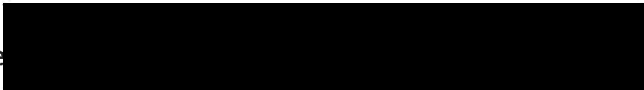
Mitglied des Deutschen Bundestages



Platz der Republik 1
11011 Berlin

per E-Mail: 

Berlin, 15. April 2026

Sehr geehrte 

so sehr wir das beschleunigte Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung des Energiesofortprogramms begrüßen – so dringlich und notwendig sind Anpassungen am bereits durch das BMF formulierten Gesetzesentwurf.

Sie werden die Entrüstung im Handwerk vernommen haben, dass die Bundesregierung einen Großteil der vorgesehenen Entlastungswirkung den Unternehmen überlässt. Diese einseitige Verantwortungsverschiebung halten wir für unangemessen. Zusätzliche „freiwillige“ Zahlungen erzeugen Erwartungen bei Beschäftigten, die viele Unternehmen aufgrund ihrer angespannten Ertrags- und Liquiditätslage faktisch nicht erfüllen können. Die Lage der Unternehmen ist mit der Situation im Jahr 2022 nicht vergleichbar. Der Verweis auf die damals geschaffene „Inflationsausgleichsprämie“ ist daher verfehlt und verärgert unsere Betriebe zusätzlich, weil der Eindruck entsteht, die Politik nehme die aktuelle Lage nicht ernst. Auch unsere Betriebe spüren die seit drei Jahren anhaltende Rezession; sie werden daher – bei allem guten Willen – vielfach nicht in der Lage sein, flächendeckend 1.000 Euro pro Arbeitnehmer aufzubringen. Entsprechend sind die unmittelbaren Signale aus den Betrieben, die uns seit gestern erreichen; in einer Schärfe der Entrüstung, wie wir sie selten erlebt haben.

Daher muss zumindest – analog zur Inflationsausgleichsprämie – eine größtmögliche Flexibilisierung der Prämiengewährung ermöglicht werden. Nur so können Betriebe kurzfristig und passgenau auf die Entwicklung ihrer Ertragslage reagieren. Aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, die Maßnahme über das Jahr 2026 hinaus zu öffnen und den Bezugszeitraum entsprechend bis zum 31.12.2027 auszuweiten. Die in der BMF-Formulierungshilfe für ein Gesetz vorgesehene Ausgestaltung als Freibetrag – und damit die Möglichkeit, den

Betrag zu stückeln – begrüßen wir ausdrücklich; sie muss gesetzgeberisch in jedem Fall ermöglicht werden.

Um die Situation im Handwerk deutlich zu entschärfen, braucht es ein klares Signal:

- Die größtmögliche Flexibilisierung der Entlastungsprämie – und zugleich eine kommunikative Richtigstellung: Die Betriebe bekommen das Geld für die Prämie nicht schlicht vom Staat „erstattet“. Dieser Eindruck wurde bei vielen Beschäftigten durch die bisherige politische Kommunikation fälschlicherweise erweckt.
- Mit Blick auf die für 2027 angekündigte Einkommensteuerreform: Ein klares Signal – ein belastbares Versprechen –, dass Personenunternehmen mit dem Ziel spürbarer Entlastung im Zentrum dieser Reform stehen werden.
- Ein liquiditätsstützendes Sofort-Momentum, etwa durch zinslose Steuerstundungen – analog zu den schnellen und unbürokratischen Maßnahmen während der Corona-Pandemie –, als Übergang und befristet bis zum Wirksamwerden einer entsprechenden Einkommensteuerreform.

Die Stimmung, [REDACTED], ist absolut im Keller und aggressiv. Ignorieren wir das nicht.

Ein gleichlautendes Schreiben geht ebenso an [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] setzen wir ebenfalls in Kenntnis.

Gern stehe ich zu den genannten Punkten auch zu einem kurzfristigen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]